

**Protokoll
über die 48. Sitzung des Ausschusses für Verwaltungsmodernisierung und
Umlandbeziehungen (Sondersitzung) am 25.03.2009**

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 18:40 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Multifunktionsraum (E 070)

Anwesenheit

Vorsitzender

Menzlin, Thoralf Fraktion DIE LINKE

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Pelzer, Karla SPD-Fraktion

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Renner, Monika CDU-Fraktion und Liberale

ordentliche Mitglieder

Brinker, Udo SPD-Fraktion
Lange, Andreas CDU-Fraktion und Liberale
Nolte, Stephan CDU-Fraktion und Liberale
Steinmüller, Rolf Fraktion Unabhängige Bürger
Teubler, Ulrich Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

stellvertretende Mitglieder

Holz, Axel Dr. Fraktion DIE LINKE
Karkhof, André Fraktion Unabhängige Bürger

Verwaltung

Gramkow, Angelika

Leitung: Thoralf Menzlin

Schriftführer: Gabriele Schulz

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Anhörung zum Gesetz zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern (Referentenentwurf)
Vorlage: 02531/2009

3. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Sitzungsteilnehmer. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Die Tagesordnung wird bestätigt.

- zu 2 Anhörung zum Gesetz zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern (Referentenentwurf)
Vorlage: 02531/2009**

Bemerkungen:

Die Ausschussmitglieder erhalten zu Beginn der Sitzung eine Korrekturfassung des Schreibens der Oberbürgermeisterin an das Innenministerium, welche von der Fraktion Unabhängige Bürger erarbeitet wurde.

Der Ausschussvorsitzende erteilt der Oberbürgermeisterin das Wort. Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, den vorliegenden Entwurf nicht als Schreiben an das Innenministerium zu senden, sondern als Stellungnahme der Landeshauptstadt Schwerin zum Gesetzentwurf. Sie könnte sich damit einverstanden erklären, alle Änderungen der Unabhängigen Bürger in diese Stellungnahme zu übernehmen.

Außerdem weist sie darauf hin, dass Schwerin in diesem Gesetzentwurf nur zweimal Erwähnung findet, und zwar dahingehend, dass die Landeshauptstadt Schwerin kreisfrei bleibt, sowie in der Begründung, warum wir kreisfrei bleiben.

Das Angebot für die Landeshauptstadt ist zu dünn, deshalb haben wir das jetzt angemahnt (Finanzzuweisungen, Stadt-Umland-Beziehungen, Eingemeindungen). Sie betont, dass ein beschlossener Gesetzentwurf der Landesregierung zu bewerten ist. Aufgrund unserer Stellungnahme kann die Landesregierung diesen verändern. Wir befinden uns im offiziellen Anhörungsverfahren zu einem Gesetzentwurf. Es handelt sich nicht um einen Referentenentwurf. Unter diesen Bedingungen kann dem vorgelegten Gesetzentwurf nicht zugestimmt werden.

In der folgenden Diskussion wägen die Ausschussmitglieder ab, inwieweit in der Stellungnahme Einiges schärfer formuliert werden müsste oder eher weicher. Frau Pelzer gibt zu bedenken, dass es für uns schwerer wird, je weiter das Verfahren fortgeschritten ist. Sie bringt für die SPD-Fraktion in der Anlage beigefügte Änderungen ein.

Die Vertreter der CDU-Fraktion und Liberale bitten um eine Auszeit von ca. 5 min. Nach Beendigung der Auszeit informiert Frau Pelzer, dass sie nur zwei Änderungen stellt, und zwar A und B. Die anderen Änderungen nimmt sie zurück. Die Oberbürgermeisterin schlägt weiter vor, den ersten Satz der Zusammenfassung wie folgt zu ändern:

„Die Landeshauptstadt begrüßt ausdrücklich die im Entwurf vorgesehene Beibehaltung der Kreisfreiheit. *Dem vorgelegten Gesetzentwurf können wir allerdings nicht zustimmen, weil ...*“

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen zur Beschlussvorlage wie folgt ab:

Der durch die Fraktion Unabhängige Bürger korrigierten Stellungnahme wird mit den Änderungsvorschlägen A und B der SPD-Fraktion sowie dem Vorschlag der Oberbürgermeisterin zu einer anderen Formulierung des 1. Satzes der Zusammenfassung einstimmig zugestimmt.

Änderungsvorschlag A:

Seite 1 Nr. 1 letzte Zeile – das Wort „hilfreich“ (Korrektur durch Fraktion Unabhängige Bürger) durch „zwingend notwendig“ ersetzen

Änderungsvorschlag B:

Seite 2 Nr. 2.1 letzte Zeile – mit folgender Einfügung:

„... in dem Gesetzentwurf *insbesondere im Hinblick auf eine auskömmliche Finanzausstattung* keinerlei weitere Erwähnung findet.“

Vorschlag der Oberbürgermeisterin: Änderung des ersten Satzes der Zusammenfassung:

„Die Landeshauptstadt begrüßt ausdrücklich die im Entwurf vorgesehene Beibehaltung der Kreisfreiheit. *Dem vorgelegten Gesetzentwurf können wir allerdings nicht zustimmen, weil ...*“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3 Sonstiges

Bemerkungen:

Gesprächsbedarf wird nicht angezeigt.

gez. Thoralf Menzlin

Vorsitzende/r

gez. Gabriele Schulz

Protokollführerin